

DOSSIER

**Veränderung
braucht einen
langen Atem**

Seiten 3 – 4

**David gegen
Goliath**

Seiten 6 – 7

So verändern wir die Welt



Sie sind Teil der entwicklungs-
politischen Arbeit von *Brot für
alle* und *Fastenopfer*.

Was haben der Kampf gegen neue Saatgutgesetze mit einer Initiative für mehr Konzernverantwortung und dem Engagement gegen Vertreibungen durch Rohstoffkonzerne gemeinsam? Sie alle rütteln an Strukturen und Machtverhältnissen. Sie alle fordern mehr Gerechtigkeit weltweit. Für alle braucht es grosses Sachwissen, breite Netzwerke, viel Öffentlichkeitsarbeit und einen guten Draht zur Politik. Sie alle zeigen, wie wir als Teil einer globalen Zivilgesellschaft die Welt verändern wollen.

Pascale Schnyder, Chefredaktorin

Der öffentliche Druck ist entscheidend, um auf politischer Ebene Veränderungen zu erreichen.

INHALT

SAATGUTGESETZE: Veränderung braucht einen langen Atem Seiten 3–4

KONZERNVERANTWORTUNG: «Man muss Vertrauen schaffen» Seite 5

ROHSTOFFABBAU: David gegen Goliath Seiten 6–7

Veränderung braucht einen langen Atem



Die Mayas kämpfen für ihre Rechte. Dank ihren Protesten konnte das «Monsanto-Gesetz» gekippt werden.

Die Demonstrationen der Bauern und Bäuerinnen und der Indigenen Guatemalas gingen im September 2014 durch die internationalen Medien. Nach wochenlangen heftigen Protesten war es ihnen gelungen, das sogenannte «Monsanto-Gesetz» zu kippen, das der Kongress drei Monate vorher verabschiedet hatte. Damit wäre in Guatemala ein strenger Sortenschutz für Saatgut eingeführt worden, der

es den Bauernfamilien verboten hätte, ihr eigenes Saatgut wiederzuverwenden, zu tauschen oder zu verkaufen. Sie wären damit langfristig von den teuren Hightech-Sorten der Agrarkonzerne wie Monsanto und Syngenta abhängig geworden. Die Bauernorganisationen des Landes – darunter auch das Netzwerk für Ernährungssouveränität in Guatemala, Redtag, eine Partnerorganisation von *Brot für*

alle und *Fastenopfer* – hatten erkannt, dass dieses Gesetz nicht nur die Bauernfamilien entrechteten, sondern auch die Sortenvielfalt des Landes reduzieren würde.

Ohne Mais kein Leben

Eigentlich wollte die Regierung das Gesetz still und heimlich verabschieden, wie bereits Ende 2012 im Nachbarland Honduras (vgl. «Ein Tag im Leben von»).

Weil Politikerinnen und Politiker im Normalfall von Saatgut und Sortenschutz wenig Ahnung haben und die Bauernorganisationen nicht über genug juristisches Wissen verfügen, um Gesetzestexte zu verstehen – sofern sie sie überhaupt zu Gesicht kriegen –, hätte diese Strategie beinahe funktioniert. Doch die guatemaltekischen Bäuerinnen und Bauern wissen sehr wohl um den Wert ihres Saatguts, insbesondere bei Mais. Denn Mais ist weit mehr als das Grundnahrungsmittel des Landes, er ist Teil der Kosmologie der Mayas: Der Legende nach sind die Mayas aus dem Mais hervorgegangen. Undenkbar also, das Mais-Saatgut der Kontrolle internationaler Agrarkonzerne zu überlassen.

Die Gegenwehr der Bauern- und Indigenen-Organisationen war damit mehr als gegeben. Ohne die Informationsarbeit von Redtag und anderen Netzwerken hätten sie jedoch erst von dem Gesetz erfahren, wenn es bereits zu spät gewesen wäre. Dann, wenn plötzlich ein Beamter oder Monsanto-Vertreter bei einer Bauernfamilie auf der Türschwelle gestanden wäre und sie des illegalen Gebrauchs von Saatgut angezeigt hätte. Absurd? In Kolumbien wurden im September 2013 rund 70 Tonnen Reis vernichtet, weil die Produzentinnen und Produzenten nicht die erforderlichen Lizenzen für das Saatgut bezahlt hatten.

Diese und ähnliche Erfahrungen aus anderen Ländern haben Redsag vorgewarnt.

Koalitionen und Kampagnen

Redsag hat sich das notwendige politische und juristische Fachwissen angeeignet, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich Saatgut und Biodiversität zu verstehen und an ihre 70 Mitglieder-Organisationen weiterzugeben. Auch nach dem Sieg über das Monsanto-Gesetz organisiert das Netzwerk landesweit Seminare, Konferenzen und Saatgutmärkte, um über die rechtlichen Rahmenbedingungen zu informieren. Ziel ist es, eine breite Allianz zu bilden und dem Kongress einen eigenen Gesetzesentwurf zum Schutz der biologischen Vielfalt vorzulegen; bevor die Regierung erneut versucht, das Saatgut zu privatisieren.

Das neue Gesetz soll die Interessen der Bauernfamilien und Indigenen schützen sowie die von ihnen geschaffene Saatgutvielfalt stärken. Die Grundlagen dafür wurden in einem breiten

Konsultationsprozess erarbeitet, der dem Gesetzesentwurf die notwendige Legitimität gibt. Was nun folgt, ist Lobbyarbeit: das Gespräch mit Politikerinnen und Politikern, Parteien und Verantwortlichen in den entsprechenden Ministerien, um sie für das neue Gesetz zu gewinnen. Gleichzeitig muss es der Allianz gelingen, wirksam Advocacy-Arbeit zu betreiben und Saatgut auch in der Öffentlichkeit zum Thema zu machen. Dazu braucht es eine Kampagne mit Presseartikeln, Fernseh- und Radiosendungen, öffentlichen Veranstaltungen und weiteren Aktivitäten. Sie müssen deutlich machen, dass Saatgut die Grundlage ist für die Ernährungssicherheit des Landes. Dass die bäuerliche Saatgutvielfalt auch angesichts des Klimawandels die beste Überlebensstrategie ist. Und dass dieser Schatz nicht einfach in die Hände von internationalen Konzernen fallen darf. — Tina Goethe



Mais spielt in der Spiritualität der Mayas eine wichtige Rolle. Neben Blumen und Früchten ziert er diesen Maya-Altar.



Ein Tag im Leben von Octavio Sánchez, Koordinator der Koalition zur Förderung der Agrarökologie (Anafae) in Honduras, Partner von Brot für alle

«Die Abgeordneten kennen das Gesetz nicht, das sie verabschiedet haben»

«Die morgendliche Fahrt in die Bergregion von Chinacla ist anstrengend. Aber ich freue mich auf das Treffen mit den Frauen, die bei uns agrarökologische Anbaumethoden gelernt haben. Diesmal habe ich ein Fernseherteam von Telesur dabei. Sie wollen später über den Widerstand der indigenen Lenca gegen ein Saatgutgesetz berichten, das 2012 stillschweigend verabschiedet wurde. Deshalb werden wir nachher zu einem Festakt der Lenca-Gemeinden in Santa Elena weiterreisen. Vorher genießen wir aber noch die Hühner-Gemüse-Suppe, welche die Frauen in Chinacla für uns gekocht haben. Bis auf das Salz haben sie alles selber produziert. Der beste Beweis dafür, wie Agrarökologie und Ernährungssouveränität funktionieren. Als wir gegen Mittag beim Lenca-Fest eintreffen, herrscht grosses Gedränge. Vor laufender Kamera erklären die Gemeindevorsitzenden offiziell, dass sie das Saatgutgesetz auf ihrem Territorium zurückweisen. Diesen Auftritt haben wir vorher intensiv mit der Lenca-Bewegung durchgesprochen. Ich habe ihnen den Kontakt zu einem Rechtsanwalt vermittelt, der das umstrittene Saatgutgesetz analysiert und ihnen die Auswirkungen auf die traditionelle Landwirtschaft erklärt. Zwischen den Reden gibt es Musik der Jugendgruppe und einen Volkstanz der Kinder. Das freut die Kolleginnen von Telesur. Leider können wir nicht lange bleiben. Wir müssen zurück nach Tegucigalpa, um uns am Abend mit fünf Kongressabgeordneten zu treffen, die mehr über das Saatgutgesetz wissen wollen. Ich kann es kaum glauben, aber die Abgeordneten kennen das Gesetz nicht, das sie 2012 selber verabschiedet haben. Zum Glück habe ich Kopien des Gesetzestexts dabei. Das Gespräch verläuft positiv, aber es ist erst ein Anfang. Nun gilt es, den Kontakt zu halten und zu überlegen, wie wir die Umsetzung des Gesetzes verhindern können. Ohne die Suppe der Frauen von Chinacla hätte ich den langen, aber erfolgreichen Tag kaum durchgestanden.» — tg

«Man muss Vertrauen schaffen»

Michel Egger weiss: Wer Einfluss auf Parlamentsentscheide nehmen will, braucht Zeit. Regelmässig ist er deshalb in den Gängen des Bundeshauses unterwegs und versucht Schlüsselakteure von der Notwendigkeit zu überzeugen, Menschenrechte auch für Unternehmen verbindlich zu machen.

Was bedeutet die Lobbying-Arbeit für Alliance Sud?

Unsere Lobby-Arbeit ist als Ergänzung zu sehen. Sie komplettiert die Entwicklungsprojekte unserer Mitgliedsorganisationen im Süden und deren Sensibilisierungskampagnen in der Schweiz. Letztendlich geht es um politische Einflussnahme. Wir vertreten benachteiligte Bevölkerungsgruppen aus dem Süden bei Entscheiden, die eine Auswirkung auf sie haben.

Sie leisten in Bern vor allem Überzeugungsarbeit für die Konzernverantwortungsinitiative. Was machen Sie da konkret?

Dieser Prozess begann mit der Petition «Recht ohne Grenzen», die 2012 mit 130 000 Unterschriften eingereicht wurde. Wir wussten aus Erfahrung, dass die Regierung bei Fragen der Menschenrechtsverantwortung von Unternehmen nur aktiv wird, wenn das Parlament es verlangt. Die Parlamentsmitglieder wussten damals aber noch wenig darüber, wir mussten sie also zuerst für die Problematik sensibilisieren. Die Petition, verschiedene NGO-Kampagnen und Medienberichte über Menschenrechtsverletzungen durch Schweizer Unternehmen



Der Soziologe und Journalist Michel Egger ist zuständig für das Dossier «Menschenrechte und Unternehmen» bei Alliance Sud, der Lobbyorganisation der grossen Schweizer Hilfswerke, zu denen auch *Brot für alle* und *Fastenofen* gehören. Er koordiniert die Lobbyarbeit zur Konzernverantwortungsinitiative.

haben die Öffentlichkeit alarmiert. Daraufhin musste das Parlament das Thema aufgreifen. Es war der Moment für uns, um nach Bern zu gehen und die Forderungen der Petition zu erklären. Interessensvertretung heisst vor allem, Vertrauen zu schaffen, um gehört zu werden.

Wie seid Ihr vorgegangen?

Wir haben eine Gruppe mit sieben Parlamentsmitgliedern aus sieben Parteien gegründet, die sich für das Thema interessieren und mit denen wir teilweise schon Kontakt hatten. Dazu mussten Personen identifiziert werden, die unser Anliegen weitgehend unterstützen und möglichst Einfluss haben im Parlament, in Schlüsselkommissionen und in ihrer Partei. Wichtig ist jeweils, auch Personen aus den Mitteparteien zu finden, um Mehrheiten zu gewinnen. Wir arbeiten mit ihnen zusammen, indem wir ihnen unsere Fachkenntnisse weitergeben. Mit Informationen und Argumenten ausgerüstet, sensibilisieren sie ihre Kolleginnen und Kollegen im Parlament. Mehr als 20 Anfragen, Interpellationen und sonstige Vorstösse wurden so im Zusammenhang mit der Petition eingereicht –

eine Strategie der kleinen Schritte. Auch wenn die Petition nicht telquel angenommen wurde, zwangen die Interventionen den Bundesrat, Stellung zu beziehen und halfen so, die Sache voranzutreiben. Wichtig ist auch die Bundesverwaltung. Denn es sind ja die Departemente, die die Antworten des Bundesrates vorbereiten. Deshalb gilt es auch hier, mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen und unseren Standpunkt zu erläutern mit dem Ziel, dass die Antworten für uns so vorteilhaft wie möglich ausfallen. Irgendwann wussten wir jedoch, dass wir mit unseren Bemühungen für verbindliche Regulierungen auf diesem Weg nicht mehr weiterkommen, und lancierten die Konzernverantwortungsinitiative. Die Überzeugungsarbeit geht also weiter.

Was macht Ihrer Meinung nach eine gute Lobbying-Arbeit aus?

Strategisches Geschick, Durchhaltevermögen und inhaltliche Kompetenz: Man muss den Entscheidungsträgerinnen und -trägern fundierte Informationen und Argumente liefern, die auf Tatsachen und Analysen beruhen. Das macht unsere Glaubwürdigkeit aus. Und man muss offen sein und eine Sprache wählen, die von möglichst vielen verstanden und nicht als zu ideologisch wahrgenommen wird. Schliesslich zählt auch das Image der Institution, die der Lobbyist vertritt. Eine der Stärken von Alliance Sud ist, dass sie im Namen von neun Organisationen spricht, die direkte Verbindungen zu den betroffenen Gemeinschaften im Süden haben. Das gibt uns Gewicht und eine unbestreitbare Legitimität.

— Interview: Johanna Monney

David gegen Goliath

LOKAL
TAMPAKAN

Glencore In Tampakan plant der Schweizer Konzern Xstrata (noch vor der Fusion mit Glencore) eine der grössten Kupfer- und Goldminen der Welt. Die Tochtergesellschaft Sagittarius Mines Inc. (SMI) informiert die Bevölkerung einseitig und schafft mit Sozialprojekten (Gesundheit und Bildung) grosse Abhängigkeit. Die lokalen Behörden hoffen auf wirtschaftliche Entwicklung. Ob auch Korruption eine Rolle spielte? Als es erste Tote gibt, setzt SMI auf bewaffnete Sicherheitsleute und verlangt mehr Armeepräsenz.



NATIONAL
PHILIPPINEN

Glencore SMI führt mehrere Studien durch, in denen die soziale und ökologische Verträglichkeit des Projektes evaluiert wird. Solche Studien sind erforderlich, um die Genehmigungen des philippinischen Staates zu erhalten. Obschon sie den Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung kaum gerecht werden, winken die nationalen Behörden und Entscheidungsträger sie durch. Denn sie wittern das grosse Geschäft – und das schnelle Geld. Es geht um Investitionen von 5 Milliarden Dollar.



Fastenopfer und Brot für alle Aus Sorge um die betroffenen Menschen bittet die Diözese Marbel *Fastenopfer* um Unterstützung. Das Hilfswerk startet mit dem Social Action Center (SAC) ein Projekt. Ziel ist es, die Bevölkerung zu organisieren, aber ihr auch die Rechte und Möglichkeiten aufzuzeigen, damit sie sich selber entscheiden kann, was das Beste für ihre Zukunft ist. Denn eigentlich müssen die indigenen Gruppen erst ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung (free, prior and informed consent, FPIC) geben, bevor das Projekt weitergeführt werden kann.

Fastenopfer und Brot für alle Die beiden Schweizer Hilfswerke und Misereor aus Deutschland tun das, was gemäss Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte Xstrata hätte tun müssen: sie untersuchen die möglichen Auswirkungen des Minenprojekts. Das Ergebnis: 5000 Menschen, zumeist Indigene der Gemeinschaft der B'laan, müssten umgesiedelt werden, die Lebensgrundlagen Zehntausender Menschen wären bedroht. Das Ergebnis der Untersuchung wird an einer Medienkonferenz in der philippinischen Hauptstadt Manila präsentiert.

Lesen und handeln

So helfen Sie
Unterstützen Sie die Arbeit von
Fastenopfer und Brot für alle
mit einer grosszügigen Spende
auf PC 60-707707-2

Um die Rechte benachteiligter Menschen zu verteidigen, engagieren sich *Fastenopfer* und *Brot für alle* mit ihren Partnerorganisationen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Wie komplex dieses Engagement ist, zeigt ein Beispiel aus den Philippinen.

NATIONAL SCHWEIZ

Glencore In der Zwischenzeit fusionieren Xstrata und Glencore zu einem der grössten Rohstoffunternehmen der Welt. Unter zunehmendem Druck der Öffentlichkeit startet der neue Grosskonzern unter CEO Ivan Glasenberg mit PR-Massnahmen eine Charme-Offensive. Auch auf politischer Ebene wird Glencore Xstrata aktiv: Die Konzernbosse führen Gespräche mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Berner «Bellevue» – hinter verschlossenen Türen.

PR-Offensive



und Botschaft

Fastenopfer und Brot für alle Zeitgleich wie in Manila präsentieren *Brot für alle* und *Fastenopfer* einer Medienkonferenz in Bern die Untersuchung der Schweizer Öffentlichkeit. Das Medienecho ist gross. Zudem informieren die beiden Werke auch die Bundesbehörden (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Abteilung Menschliche Sicherheit) über den Fall. Und sie konfrontieren Glencore Xstrata mit der Untersuchung. Der Konzern weist eine Verantwortung für die Toten in Tampakan von sich und bestreitet die Wissenschaftlichkeit der Untersuchung.

Lesen und handeln

So helfen Sie

Unterschreiben Sie die Konzernverantwortungsinitiative, damit Konzerne die Menschenrechte achten: www.sehen-und-handeln.ch/konzerne

INTERNATIONAL VATIKAN / UNO

Glencore Die Bergbaukonzerne verschaffen sich Gehör im Vatikan. Eine Gruppe von Konzernmanagern beklagt sich an einem Treffen mit Justitia et Pax (J&P), dem politischen Arm des Vatikans, über ihre Schwierigkeiten beim weltweiten Abbau von Rohstoffen. Offensichtlich haben die Konzernmanager damit Erfolg. Denn ein erster Entwurf einer Stellungnahme des päpstlichen Gremiums vernachlässigt die Situation der vom Bergbau betroffenen Menschen.

Treffen im Vatikan

Besuch in Rom und Genf



Fastenopfer und Brot für alle Der J&P-Entwurf schreckt das Netzwerk Iglesias y Minería, eine lateinamerikanische Partnerin von *Fastenopfer*, auf. Es fordert, dass auch die Opfer angehört werden: *Fastenopfer* reist als Vertretung der Cidse mit einem Betroffenen aus Tampakan nach Rom. Und bewirkt bei J&P ein Umdenken. Der Uno-Menschenrechtsrat in Genf lädt *Fastenopfer* ein, ihm die Situation in Tampakan darzulegen. Zudem nimmt der Uno-Berichtersteller zu Intern Vertriebenen auf Einladung des SAC einen Augenschein vor Ort – nicht zur Freude der Regierung in Manila.

Schlusspunkt

Glencore hat in der Zwischenzeit seine Beteiligung am Tampakan-Projekt verkauft. Ob die neuen Besitzer das Minenprojekt weiterverfolgen, dürfte auch von der Entwicklung des Kupferpreises abhängen. *Fastenopfer* und *Brot für alle* werden sich weiter für die Rechte der Bevölkerung einsetzen.

Schlusspunkt



«Betrachtet man die Menschheit als Organismus, dann ist die Zivilgesellschaft die Immunreaktion auf politische und ökonomische Auswüchse und auf Menschenrechtsverletzungen.»

Geseko von Lüpke, deutscher Journalist und Autor



Proteste der guatemaltekischen Zivilgesellschaft gegen Korruption und den amtierenden Otto Pérez Molina.

Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit

Brot für alle

Wir bewegen Menschen

Brot für alle ist die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Wir bewegen Menschen im Norden zu einer verantwortungsvollen Lebensweise und engagieren uns entwicklungspolitisch für das Recht auf Nahrung und Ethisch Wirtschaften. Im Süden unterstützen wir Menschen, sich aus Not und Hunger zu befreien und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Gemeinsam mit Partnern vor Ort zeigen wir Missstände auf und setzen uns für die Rechte der Betroffenen ein.

Fastenopfer

Menschen stärken Menschen

Fastenopfer ist das Hilfswerk der Katholiken und Katholiken in der Schweiz. Wir setzen uns im Norden wie im Süden für eine gerechtere Welt ein, in der die Menschen nicht unter Hunger und Armut leiden, sondern ein würdiges Leben führen. Wir arbeiten in 14 Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika mit lokalen Partnerorganisationen zusammen. Nebst dem Einsatz vor Ort engagieren wir uns in der Schweiz und weltweit für gerechte Strukturen, etwa bei Handels- und Wirtschaftsabkommen.

Brot für alle
Bürenstrasse 12, Postfach
1015, 3000 Bern 23
Tel. 031 380 65 65
www.brotfueralle.ch
Postkonto: 40-984-9

Fastenopfer
Alpenquai 4, Postfach 2856
6002 Luzern
Tel. 041 227 59 59
www.fastenopfer.ch
Postkonto: 60-19191-7



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER